

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G. Pfg. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungverleger-Bereins (G. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenquersdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Wahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Sugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlaawitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 289

Donnerstag, den 11. Dezember 1924

47. Jahrgang.

Der Bürgerblock die beste Lösung.

Die Reichsregierung tritt heute zu einer Sitzung zusammen.

Der Rücktritt der Reichsregierung wird zum 2. Januar erwartet.

Die Kosten der Reichstagswahl werden auf 18 bis 20 Millionen Mark geschätzt.

Italien will das Genfer Schiedsgerichtsprotokoll nicht unterzeichnen.

Das englische Parlament wurde gestern mit Vereisung einer Thronrede eröffnet.

Zu Sibirien herrscht Hungernot.

Zu Ägypten wurden neue Verhaftungen vorgenommen.

Zu Kenia und London ist der Franke von neuem gekürzt.

Waldenburg, 10. Dezember 1924.

Unserem heutigen Wahlgeseß muß man es nachsagen, daß es allen abgegebenen Stimmen ihr Recht auf eine Vertretung im Reichstag zuteil werden läßt. Daß schließlich einzelne kleine Gruppen ausfallen, ist nicht zu vermeiden, denn wenn auch noch jede von diesen berücksichtigt werden sollte, so würden wir ins Unendliche geraten, weil darin ein starker Anreiz liegen würde, immer wieder neue Parteien zu bilden. Auf der anderen Seite bildet die Listenwahl mit ihren Ergänzungen aber auch ein Hindernis, eine klare Reichstagsmehrheit zu gewinnen.

Es war daher von vornherein sehr schwer, am 7. Dezember eine ausgesprochen parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, und dieser Fall ist denn auch nicht eingetreten. Die Verschiebungen, die sich in einer Reihe von Wahlkreisen gezeigt haben, wurden teilweise ohne weiteres wieder wettgemacht, so daß die endgültigen Schlussresultate in der Zusammenfassung des Reichstages sich nicht als weittragend erweisen können.

Für die Regierungsbildung im Reiche kommen daher heute auch die gleichen Möglichkeiten in Frage wie vor der Wahl. Als stärkste Partei käme zunächst die Sozialdemokratie für die Regierungsbildung in Frage. Da die Kommunisten bei ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung bei jeder Kombination ausschließen müssen, so könnte eine tragfähige Regierungskoalition unter Teilnahme der Sozialdemokraten nur zustande kommen, wenn sich daran nicht nur das Zentrum und die Demokraten beteiligen, sondern auch die Deutsche Volkspartei, d. h. wenn man zur sogenannten „großen Koalition“ zurückkehrt.

Aus Äußerungen des „Vorwärts“ darf man schließen, daß die Sozialdemokratie zu einer solchen Regierungsbildung bereit ist. Andererseits winkt aber das offizielle Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, ab und tritt, im Verfolg der bisherigen Politik der Partei für eine Regierungsbildung mit Einbeziehung der Deutschen Nationalen ein. Auch eine solche Regierung, wie sie die Deutsche Volkspartei bereits im alten Reichstag angestrebt hat, würde auch im neuen durchaus möglich sein, und zwar mit oder ohne Einschluß der Demokraten, an deren Widerspruch bekanntlich dieser sogenannte „Bürgerblock“ gescheitert ist. Hier liegt die Entscheidung beim Zentrum.

Kann man sich weder auf die „große Koalition“ noch auf die Zusammenfassung der nichtsozialistischen Parteien einigen, so käme als dritte Möglichkeit noch die Fortführung der bisherigen Minderheitsregierung in Frage. Dabei muß allerdings festgehalten werden, daß von maßgebender deutschnationaler Seite schon jetzt erklärt worden ist, daß die Deutschen Nationalen ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten nicht mitmachen würden. Die Regierung der Mitte müßte sich also auf die Sozialdemokratie stützen.

Natürlich sind auch noch andere „Minderheitsregierungen“ denkbar, doch würde ihre Stellung noch unsicherer sein als die des bisherigen Kabinetts Marx.

Ganz ähnlich wie im Reich liegen die Verhältnisse in Preußen. Auch hier gibt es die drei Möglichkeiten: Fortsetzung der bisherigen „großen Koalition“,

die nach wie vor über eine ausreichende Mehrheit verfügen würde, Zusammenfassung der nichtsozialistischen Parteien mit oder ohne Sozialdemokraten, oder Minderheitsregierung der Mitte. Man wird dabei annehmen dürfen, daß die Regierungsbildung im Reich und die in Preußen stark von einander beeinflusst werden dürften.

Von den anderen Ländern, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben, sei noch Braunschweig hervorgehoben. Hier ist die Zahl der Abgeordneten von 60 auf 48 herabgesetzt worden, was bei der Wertung des Ergebnisses berücksichtigt werden muß. Bis her verfügten die Sozialdemokraten (29) zusammen mit dem einzigen Kommunisten über die Hälfte aller Mandate. Jetzt ist ihre Zahl auf 18 gesunken, während die Kommunisten noch ein zweites Mandat errungen haben. Demgegenüber verfügen deutschnationale (10), Deutsche Volkspartei (10), Wirtschaftler (4) und ein Belfe mit 25 Mandaten über die absolute Mehrheit.

Das Auslands-Echo der Wahlen.

Herriot ist befriedigt.

Mit großem Interesse hat man auch im Ausland den Verlauf der deutschen Wahlen verfolgt. Da sich weder die Hoffnungen nach der einen, noch die Befürchtungen nach der anderen Seite hin erfüllt haben, so kann sich nunmehr jeder das Wahlergebnis so deuten, wie es ihm zweckmäßig erscheint. Der französische Ministerpräsident Herriot ist klug genug, sich mit dem Wahlausfall zufrieden zu stellen. Sein Kabinettschef hat im Gespräch mit französischen auswärtigen Pressevertretern dieser Befriedigung Ausdruck gegeben. Er sagte, daß die Wahlen nach Auffassung der französischen Regierung zur Befriedigung Europas erheblich beitragen. Man müsse jetzt hoffen, daß Deutschland sich nunmehr entschließen werde, an den Arbeiten des Völkerbundes sich wirksam zu beteiligen. Mit besonderer Genugtuung habe Herriot festgestellt, daß die deutschen Kommunisten eine Niederlage erlitten und die internationale kommunistische Bewegung mehr und mehr ins Stocken gerate.

In der Pariser Presse lautet das Urteil im allgemeinen weniger günstig. Wenn der Erfolg der Sozialdemokraten auch in den Kreisen der französischen Linken begeisterter Zustimmung begegnet, wirkt andererseits die Tatsache, daß die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei entgegen aller Voraussagen ihre Stellung behauptet und sogar verstärkt haben, offenbar stark enttäuschend. Der „Petit Parisien“ sieht in dem neuen Reichstag keine absolute Mehrheit zugunsten einer Politik internationaler Verständigung und republikanischer Verfassung. Weiter heißt es: „Die Stellung der einzelnen Parteien wird trotz eines leichten Gewinnes der mittleren Parteien ungefähr dieselbe bleiben, wie seit dem 4. Mai.“ Einzelne Blätter legen das Wahlergebnis als einen offenkundigen

Mißerfolg der französischen Regierungspolitik aus. „Echo de Paris“ meint: Herriot habe vergeblich in die wirtschaftliche Räumung der Ruhr eingewilligt und die militärische Räumung für das nächste Frühjahr in Aussicht gestellt. Der Berliner Vertreter des Blattes schreibt: Der neue Reichstag wird den Rechtsparteien die Möglichkeit bieten, die seit fünf Jahren unaufhörlich und beharrlich verfolgte, auf die Auflösung des Versailler Vertrages gerichtete Politik fortzusetzen. Herriot hat auch auf seine Politik der deutschen Demokratie gegenüber nicht die geringste Antwort erhalten. Der nationalistische „Gaulois“ schreibt: Auf Grund des Reichstagswahlergebnisses ist festzustellen, daß Deutschland sich treu bleibt. Der nationalistiche Geist bleibt derselbe. Gemäßigte Blätter, wie der „Grenzboten“ beurteilen das Wahlergebnis mit unerblickbarem Pessimismus.

„Deuvre“ schreibt: „Der Ruch nach links war nicht so gründlich, wie wir es gewünscht haben. Doch die deutsche Republik ist noch jung. Sie kann nicht ohne Schwierigkeiten Wurzel fassen. Jedenfalls können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Anhänger der Erfüllungspolitik mindestens 40 Sitze gewonnen haben.“

Eine englische Pressestimme.

Die englische Presse bringt lange Kommentare zu den deutschen Reichstagswahlen. Der „Daily Telegraph“ schreibt, daß das Ergebnis der deutschen Wahlen in ziemlichem Gegensatz zu dem der letzten Wahlen stehe. Im Mai sei der erwartete Ruch nach rechts eingetreten, aber das sei vorauszusehen gewesen und das Ergebnis sei ein vollkommener Triumph der Nationalisten gewesen. Diesmal sei das Entgegengesetzte eingetreten. Indessen seien die Erwartungen, die man auf der Linken gehegt habe, nicht in vollem Umfang erfüllt worden und die Aussicht, daß die Linke eine arbeitsfähige Regierung bilden könnte, sei sehr gering. Der Extremismus an beiden Seiten der politischen Skala habe schwer gelitten. Im großen ganzen könne man mit der Aufrechterhaltung der Ruhe in Deutschland unter Erfüllung der internationalen Verpflichtungen rechnen, da die Position der Parteien, die die Erfüllungspolitik unterstützen, gestärkt worden sei. Eine grundlegende Aenderung, wie bei den letzten französischen oder englischen Wahlen sei in Deutschland durch die Wahlen nicht eingetreten.

Der neue Reichstag.

Berichtigte Mandatszahlen.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat noch eine kleine Berichtigung erfahren. Nach der vorläufig abschließenden Feststellung stellen sich die Mandatszahlen wie folgt: Sozialdemokraten 131, deutschnationale (einschließlich Landbund) 111, Zentrum 69, Deutsche Volkspartei 51, Kommunisten 45, Demokraten 32, Bayerische Volkspartei 19, Wirtschaftliche Vereinigung (Bauernbund und Wirtschaftspartei) 17, Nationalsozialisten 14, Deutsch-Hannoveraner 4.

Falls sich die Deutsch-Hannoveraner (Weisen) wie bisher der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen sollten, so würde diese dadurch auf 21 Mandate steigen. Ob die für die Nationalsozialisten errechnete Zahl stimmt, bleibt abzuwarten. Offenbar hat man dieser Berechnung nur die Gesamtzahlen der abgegebenen Stimmen zugrunde gelegt. Das Wahlgeseß bestimmt aber, daß einer Partei auf der Reichsliste nicht mehr Mandate zugeteilt werden können, als sie Mandate in Wahlkreisen oder Wahlkreiserbänden erhalten hat. Bei den Verbandsmandaten gilt noch die weitere Bestimmung, daß von den zur Erringung eines Mandats notwendigen 60 000 Stimmen mindestens 30 000 auf einen Einzelwahlkreis entfallen. Die Nationalsozialisten müßten also mindestens 7 Mandate in den Wahlkreisen und Wahlkreiserbänden erzielen haben. Ob diese Voraussetzung zutrifft, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Die Wahlergebnisse in den Ländern.

Die Preußenwahlen.

Das vorläufig abschließende amtliche Ergebnis der preußischen Landtagswahl stellt sich wie folgt: Es entfielen auf die Sozialdemokraten 4,522 Millionen Stimmen, auf die Deutschen Nationalen 4,363, auf das Zentrum 3,178, auf die Kommunisten 1,752, auf die Deutsche Volkspartei 1,765, auf die Nationalsozialisten 0,450, auf die Demokraten 1,071, auf die Wirtschaftspartei 0,451, auf die Deutsch-Hannoveraner 0,256 Millionen und auf die nationalen Minderheiten 85 000 Stimmen.

Es ergibt sich hiernach folgende Mandatsverteilung, wobei in Klammern die bisherigen Mandatszahlen aufgeführt sind:

Sozialdemokraten	114	(136)
Deutschnationale	109	(77)
Deutsche Volkspartei	45	(57)
Zentrum	81	(79)
Demokraten	27	(26)
Wirtschaftspartei	11	(4)
Hannoveraner	6	(3)
Kommunisten	44	(27)
Nationalsozialisten	11	(—)
Minderheiten	2	(1)

Der braunschweigische Landtag, dessen Mitgliederzahl von 60 auf 48 herabgesetzt worden ist, wird künftig folgende Zusammensetzung zeigen: